



**Berlin, 21. Juni 2024
Nr. 23/2024**

Sieben Prozent mehr Lohn: Tarifforderung für Osten beschlossen

Sieben Prozent mehr Lohn und 170 Euro mehr für Auszubildende: Mit dieser Forderung geht die IG Metall nach einem Beschluss der Tarifkommissionen für Berlin, Brandenburg und Sachsen im September in die Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie. Zudem soll eine soziale Komponente die unteren Entgeltgruppen entlasten. „Alle Forderungen von Arbeitgebern nach einer Lohnpause weisen die Beschäftigten nachdrücklich und entschieden zurück. Die Menschen brauchen mehr Geld. Dies nutzt auch der wirtschaftlichen Erholung“, erklärte IG Metall-Bezirksleiter Dirk Schulze.

Zu den Beschlüssen der Tarifkommissionen sagte Dirk Schulze, IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer für Berlin, Brandenburg und Sachsen: „Die Beschäftigten brauchen nach den kräftigen Preissteigerungen ein deutliches Lohnplus zur Stabilisierung ihrer Kaufkraft. Die Einmalzahlungen vom letzten Tarifabschluss sind aufgezehrt und der hohe Inflationssockel ist geblieben. Die Kolleginnen und Kollegen haben einen dauerhaften Ausgleich durch eine kräftige Steigerung ihrer Monatsentgelte verdient. Das können sich die Unternehmen auch leisten. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Darüber kann die schwierige Lage einzelner Betriebe nicht hinwegtäuschen. Und die jungen Leute in der Ausbildung wollen nicht länger auf einen Zweitjob oder finanzielle Hilfe ihrer Eltern angewiesen sein. Diese Forderung ist angemessen. Damit zeigt die IG Metall Augenmaß und Verantwortung.“

In den Tarifkommissionen der IG Metall sind die Metallerrinnen und Metallern aus den Betrieben vertreten. Nach den Beschlüssen der regionalen Tarifkommissionen verabschiedet der IG Metall-Vorstand am 9. Juli die bundesweite Forderung. Die ersten Verhandlungen für die 3,9 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie starten in den einzelnen Tarifgebieten Mitte September.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82